

Wirtschaftspolitische Konzeptionen beurteilen

Stand: 15.07.2019

Jahrgangsstufen	13.1 Wirtschaftspolitische Konzeptionen und fiskalpolitische Maßnahmen beurteilen (FOS) 13.1 Wirtschaftspolitische Konzeptionen und fiskalpolitische Maßnahmen beurteilen (BOS)
Fach/Fächer	Volkswirtschaftslehre
Übergreifende Bildungs- und Erziehungsziele	
Zeitraumen	4 U-Std.
Benötigtes Material	

Kompetenzerwartungen

Die Schülerinnen und Schüler ...

- vertreten begründet auf Grundlage einer kritischen Analyse der unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Konzeptionen ihren eigenen Standpunkt.

Inhalte zu den Kompetenzerwartungen:

- wirtschaftspolitische Ziele, Zielkonflikte, wirtschaftspolitische Konzeptionen (u. a. angebots- und nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik, aktuelle wirtschaftspolitische Ausrichtung Deutschlands)

Aufgabe

Neben dem Besuch der FOS/BOS engagieren Sie sich in der Jugendorganisation einer neuen politischen Partei. Sie arbeiten im *Kompetenzteam Wirtschaft* der Nachwuchsorganisation der Partei und sollen bei einem Treffen mit den anderen Teammitgliedern Ihre Vorstellungen in Bezug auf eine sinnvolle Wirtschaftspolitik für Deutschland vertreten.

Am Ende des Treffens soll Ihr Kompetenzteam einen gemeinsamen Vorschlag zur Wirtschaftspolitik für das Grundsatzprogramm der Partei erarbeiten und diesen auf der Parteiversammlung der Nachwuchsorganisation präsentieren.

Handlungsaufträge:

1. Informieren Sie sich über die verschiedenen wirtschaftspolitischen Konzeptionen, die wirtschaftspolitischen Ziele Deutschlands (Informationsblatt) sowie über die derzeitige Wirtschaftspolitik (Material 1) und die aktuelle volkswirtschaftliche Lage (Material 2).
2. Erarbeiten Sie jeweils einen Vorschlag für eine sinnvolle wirtschaftspolitische Konzeption für die neue Partei sowie einen für die aktuelle Wirtschaftspolitik. Gehen Sie hierbei auch auf mögliche Zielkonflikte ein.
3. Präsentieren Sie Ihre Vorschläge im Kompetenzteam.
4. Erarbeiten Sie jeweils einen gemeinsamen, begründeten Vorschlag für eine wirtschaftspolitische Konzeption für die neue Partei sowie einen für die aktuelle Wirtschaftspolitik.
5. Präsentieren Sie die Vorschläge anschließend auf der Parteiversammlung der Nachwuchsorganisation.
6. Stimmen Sie auf der Parteiversammlung der Nachwuchsorganisation für einen Vorschlag.

Quellen- und Literaturangaben

Material 1:

- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: „Wirtschaftspolitik: Wirtschaft stärken – Zukunft sichern“, Internetpublikation, <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/schwerpunkte-wirtschaftspolitik.html> [Stand: 06.05.2019]
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: „Leitbild Soziale Marktwirtschaft: Wohlstand für alle: Wirtschaftliche Dynamik und sozialen Ausgleich verbinden“, Internetpublikation, <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/soziale-marktwirtschaft.html> [Stand: 06.05.2019]

Material 2:

- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: „Wirtschaftliche Entwicklung: Wirtschaftliche Entwicklung und Konjunktur“, Internetpublikation, <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/wirtschaftliche-entwicklung.html> [Stand: 06.05.2019]
- Statistisches Bundesamt: „Konjunkturindikatoren“, Internetpublikation, https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/_inhalt.html [Stand: 06.05.2019]

Informationsblatt

Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik

(stark vereinfachte Darstellung)

Die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik geht davon aus, dass der Markt das Wirtschaftsleben regelt. Der Staat hat eher die Rolle einer Ordnungsfunktion. Generell sollen die Bedingungen für die Unternehmen verbessert werden. Die Unternehmen würden so ihre Investitionsvorhaben beschleunigen und aufgrund der Erwartung höherer Gewinne ihre Produktion ausweiten sowie mehr Arbeitskräfte einstellen.

Es besteht jedoch die Gefahr eines Wettlaufs der einzelnen Volkswirtschaften, beispielsweise ein Unterbietungswettbewerb bei den Unternehmenssteuern.

Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik

(stark vereinfachte Darstellung)

Das gesamte Wirtschaftsleben hängt von der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ab. Bei Bedarf müssen die Konsumausgaben erhöht werden. Die Unternehmen werden so ihre Produktion ausweiten, ihre Gewinne sowie die Löhne steigen. Es kommt zu Neueinstellungen von Arbeitskräften. Die Arbeitslosigkeit wird verringert.

Der Staat soll eine antizyklische Konjunkturpolitik betreiben. In einer Wirtschaftskrise kann der Staat durch eine Ausweitung der Nachfrage (Erhöhung der Staatsausgaben) die Wirtschaft ankurbeln. Zur Ankurbelung der Wirtschaft kann sich der Staat in einer Rezession sogar verschulden (*deficit spending*).

Die Maßnahmen des Staates wirken allerdings oft erst mit einer Zeitverzögerung (*time lag*). Die Inflation kann gefördert werden.

Ziele der Wirtschaftspolitik

(Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums vom 08. Juni 1967)

<u>Ziele</u>	<u>Indikator</u>
Stabilität des Preisniveaus	<i>Verbraucherpreisindex</i>
Hoher Beschäftigungsstand	<i>Arbeitslosenquote</i>
Außenwirtschaftliches Gleichgewicht	<i>Anteil des Außenbeitrages am realen BIP in Prozent</i>
Stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum	<i>Zuwachs des realen BIPs in Prozent</i>

Nicht alle Ziele sind gleichzeitig erreichbar.

Hinweise zum Unterricht

Erforderliche Vorkenntnisse:

- Freie Marktwirtschaft, Zentralverwaltungswirtschaft (11. Klasse)
- Grundlegende Merkmale der Sozialen Marktwirtschaft (11. Klasse)
- BIP (12. Klasse)
- Konjunkturindikatoren (12. Klasse)
- Konjunkturschwankungen (12. Klasse)
- Inflation (12. Klasse)

Die Aufgabe ist als Einführung in das Themengebiet konzipiert. Danach kann eine Vertiefung der unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Konzeptionen und der in der Wirtschaftspolitik auftretenden Zielkonflikte erfolgen.

Zunächst erfolgt in Einzelarbeit die Erarbeitung eines eigenen Standpunktes (Handlungsaufträge 1 und 2). Danach wird dieser Standpunkt im Kompetenzteam (4er bzw. 5er Gruppe) vertreten (Handlungsauftrag 3) und gemeinsame Vorschläge erarbeitet (Handlungsauftrag 4). Es sollen nach Möglichkeit alle Kompetenzteams ihre Handlungsprodukte (= Vorschläge) auf der Parteiversammlung der Nachwuchsorganisation präsentieren (Handlungsauftrag 5). Diese ist der Klassenverband.

Am Ende der Unterrichtseinheit erfolgt eine Abstimmung der Parteiversammlung über die einzelnen Vorschläge (Handlungsauftrag 6).

Statt dem sehr kurz gefassten Informationsblatt können sich die Schülerinnen und Schüler auch im jeweils verwendeten Lehrwerk ausführlich über die verschiedenen wirtschaftspolitischen Konzeptionen informieren.

Beispiele für Produkte und Lösungen der Schülerinnen und Schüler

Zu 4.

Wirtschaftspolitische Konzeption:

Generell ist für unsere Partei eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik zu empfehlen. Wenn es den Unternehmen „gut geht“, können Leute eingestellt werden und das BIP kann steigen. Nur so kann es letztendlich auch zu Lohnsteigerungen kommen. Der Staat sollte sich aus dem wirtschaftlichen Leben weitestgehend heraushalten. Jedoch muss er die Ausgaben für Bildung erhöhen.

Es könnte ein Zielkonflikt zwischen den Zielen außenwirtschaftliches Gleichgewicht und hoher Beschäftigungsstand (→ Stabilitätsgesetz) entstehen. Indem wir beispielsweise die Unternehmenssteuern senken, investieren die Unternehmen mehr und stellen auch mehr Leute ein. Die Unternehmen können günstiger produzieren.

Es könnte zu einem Exportüberschuss kommen. Andererseits spricht nichts gegen einen hohen Exportüberschuss aus deutscher Sicht. Das Stabilitätsgesetz sollte modifiziert werden.

Der Staat darf sich nicht verschulden. Er soll selbst keine Programme zur Ankerbelegung der Konjunktur auf Kredit starten. Die Schulden von heute muss die kommende Generation (= wir) zahlen.

Aktuelle Wirtschaftspolitik:

Aktuell (Beispiel: drohender Konjunkturunbruch) sollte der Staat die Unternehmen bei den Unternehmenssteuern entlasten und den Arbeitsmarkt liberalisieren (Abbau des Kündigungsschutzes). Somit bleibt den Unternehmen mehr Gewinn für zusätzliche Investitionen und Modernisierungen. Ohne den Kündigungsschutz würde auch mehr Personal eingestellt werden. Ein Konjunkturunbruch könnte so verhindert werden.

Der Staat sollte seine Bildungsausgaben stark erhöhen. Gut ausgebildete junge Menschen sind auf dem Arbeitsmarkt gut vermittelbar und ein Vorteil für den Standort Deutschland.

Weiterführende Aufgaben

1. Das Wahlprogramm der politischen Partei A sieht für die Wirtschaftspolitik eine Verstaatlichung einiger Wirtschaftsbereiche (Banken, Versicherungen, wichtige Industriezweige) vor. Außerdem soll der Staat bestimmte Preise festlegen (z. B. Mietpreise). Diskutieren Sie die möglichen Auswirkungen einer solchen Wirtschaftspolitik auf die deutsche Volkswirtschaft.
2. Das Wahlprogramm der politischen Partei B sieht vor, dass sich der Staat überhaupt nicht in das Wirtschaftsleben einmischt. Das gesamte Wirtschaftsleben (Lohnbildung, Preisbildung, etc.) wird durch den Markt gelenkt. Diskutieren Sie die möglichen Auswirkungen einer solchen Wirtschaftspolitik auf die deutsche Volkswirtschaft.

Weiterführende Aufgaben – Mögliche Schülerlösungen

Zu 1:

Legt der Staat bestimmte Preise in der Volkswirtschaft fest, wird der Preis nicht mehr durch Angebot und Nachfrage ermittelt. Es könnte ein Nachfrageüberhang entstehen, das heißt bestimmte Nachfrager werden das Produkt nicht erhalten; dies würde das Entstehen von Schwarzmärkten fördern. Andererseits kann eine Festlegung der Mietpreise beispielsweise durch den Staat aus sozialen Gründen (Unbezahlbarkeit von Wohnraum in Ballungsgebieten für Geringverdiener) sinnvoll sein.

Bei einer Verstaatlichung bestimmter Wirtschaftsbereiche würde der Staat alles regeln, er müsste festlegen wer, was, wieviel, für wen produzieren soll. In der Vergangenheit haben staatlich gelenkte Volkswirtschaften (Planwirtschaft) nicht funktioniert.

Zu 2:

Wenn in einer Volkswirtschaft alles dem Markt überlassen wird, kann der Staat – wie bisher in Deutschland – keinen Ausgleich mehr vornehmen. Es könnte eine stark ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung entstehen. Bestimmte Arbeitnehmer müssten beispielsweise für sehr geringe Löhne arbeiten. Die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft würden nicht eingehalten.

Anregung zum weiteren Lernen

- Aktuelle Diskussionen in der Wirtschaftspolitik
- Wirtschaftspolitische Ausrichtung Deutschlands im Vergleich zu einem anderen Land (Ländervergleich)
- Alternative wirtschaftspolitische Konzeptionen